

Ausgabe: Mai 2026

Demokratie-Newsletter

Der monatliche Demokratie-Newsletter bietet einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte. Er beinhaltet eine Auswahl relevanter Medienberichte, Urteile, Details zu nationalen Volksinitiativen und Hinweise auf neue juristische Publikationen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Schweiz. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

Herausgeber des Newsletters sind seit Januar 2025 das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und der Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen an der Universität Zürich von Prof. Dr. Andreas Glaser. Begründet wurde der Demokratie-Newsletter im August 2017 durch Prof. Dr. Dr. Andreas Kley und seine damaligen Mitarbeitenden am Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	4
2.1 Bundesgericht	4
2.2 Kantonale Entscheide	6
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	6
3. Neue Volksinitiativen	7
4. Publikationen	8
5. Veranstaltungshinweis	10
6. Dokumentation und Kontakt	11

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

NZZaS 03.05.2026, S. 23

[Gastkommentar von Michael Strebelt] Plötzlich überall eine PUK: Die schärfste Waffe der Parlamente boomt. Ob im Bundeshaus, in Zug oder in Bülach: Mehr denn je machen sich Parlamente daran, mit eigenen Untersuchungskommissionen Behördenentscheide aufzuarbeiten. Doch die Parlamente müssten darauf auch vorbereitet sein. ([Link](#))

NZZ 04.05.2026, S. 10

Geheimakte «Team Switzerland» – Der Bund verweigert Einsicht in die Zollstreitdokumente, die Aufschluss über das Treffen von Schweizer Unternehmern mit Donald Trump geben. ([Link](#))

NZZ 07.05.2026, S. 6

Der Gerrymandering-Streit eskaliert. Das letztwöchige Urteil des Supreme Court beflügelt die Trickserie mit den Wahlkreisen in Amerika. ([Link](#))

TA

07.05.2026, S. 19

Zürich streicht die Windkraftgebiete zusammen – Mit einem einzigen Entscheid hat der Regierungsrat rund 40 Prozent des Windkraftpotenzials eliminiert. Über die Hintergründe schweigt er und verweist auf das Sitzungsgeheimnis. ([Link](#))

TA

16.05.2026, S. 3

SVP-nahe Stiftung zahlt eine Million an Kampagne, Spender bleiben ungenannt. 10-Millionen-Initiative: Jetzt sind die Kampagnenbudgets bekannt – dank Transparenzregeln. Doch es zeigt sich eine Gesetzeslücke. ([Link](#))

NZZ 22.05.2026, S. 7

[Interview mit Lorenz Langer] «Man kann die Sache nicht als Racheakt abtun» – Die geheime Liebesbeziehung zweier Bundesrichter gefährde das Vertrauen in die Justiz, sagt der Zürcher Professor Lorenz Langer im Gespräch mit Katharina Fontana. Er befürchtet, dass der Fall politisch instrumentalisiert wird. ([Link](#))

NZZ 23.05.2026, S. 7

Befürworter des Ständemehrs wehren sich – Der Streit in den Kommissionssälen könnte ein Vorgeschmack auf die europapolitischen Debatten im Plenum sein. ([Link](#))

NZZ 23.05.2026, S. 14

Garcia bleibt Kantonsrätin. Das Bundesgericht weist eine Beschwerde gegen die Wahl ab. ([Link](#))

TA

26.05.2026, S. 5

Fake-Videos erfassen Schweizer Politik – Mit künstlicher Intelligenz generierte Bilder und Filme verbreiten sich in sozialen Medien. Viele Menschen erkennen die Fälschungen kaum – selbst wenn sie schlecht gemacht sind. ([Link](#))

NZZ 28.05.2026, S. 12

Einsparungen bei der Öffentlichkeitsarbeit – Der Bundesrat streicht 60 Stellen in der Kommunikation. ([Link](#))

TA

29.05.2026, S. 2

Fällt die Personenfreizügigkeit bei einem Ja zur 10-Millionen-Schweiz automatisch? Initiative – SVP-Bundesrat Guy Parmelin sagt, das Parlament habe Spielraum bei der Umsetzung – seine Partei sieht das anders. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 10. April 2026 ([1C 314/2025](#))

Nicht-Wiederwahl eines Richters des Walliser Kantonsgerichts für die Periode 2025-2029 – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt. Der Beschwerdeführer war Richter am Walliser Kantonsgericht und machte geltend, ihm sei aufgrund seines Alters zu Unrecht die Wiederwahl verweigert worden, obwohl das Walliser Gesetz keine Altersgrenze für Kantonsrichter vorsieht. Das Bundesgericht hingegen hält es weder für willkürlich noch diskriminierend, wenn ein Kantonsrichter aufgrund seines Alters nicht wiedergewählt wird, zumal kein Anspruch auf Wiederwahl bestehe.



Urteil des Bundesgerichts vom 14. April 2026 ([1C 675/2025](#))

Validierung einer Kandidatur für die Wahl ins Gemeindeparlament von Vernier – Ausstandsbegehren – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt. Die Beschwerdeführenden machten geltend, dass mehrere Richterinnen und Richter des Genfer Kantonsgerichts zu Unrecht nicht in den Ausstand getreten seien, da sie der Person, deren Kandidatur angefochten wurde, politisch nahestehen. Das Bundesgericht hält fest, dass die blosser Parteizugehörigkeit von Richterinnen und Richter an sich keinen Ausstandsgrund darstelle.



Urteil des Bundesgerichts vom 22. April 2026 ([9C 541/2025](#))

Änderung des Waadtländer Gesetzes über die Gemeindesteuern als indirekter Gegenvorschlag zur kantonalen Initiative «Steuersenkungen für alle: Kaufkraft der Mittelschicht zurückgewinnen» – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab. Die Beschwerdeführer machten unter anderem geltend, der indirekte Gegenvorschlag bzw. der Mechanismus, welcher das Inkrafttreten der Gesetzesänderung von der Ablehnung der Initiative abhängig macht, verletze die Einheit der Materie. Namentlich schlossen sich die Initiative und der indirekte Gegenvorschlag nicht aus, während jedoch die Stimmbevölkerung keine Möglichkeit habe, sich für die Umsetzung beider Lösungen auszusprechen. Das Bundesgericht hingegen

sieht die politischen Rechte gewahrt. Der indirekte Gegenvorschlag stünde in seiner Gesamtheit in einem sachlichen Zusammenhang zur Initiative, wenngleich eine Komponente des Gegenentwurfs das angestrebte Ziel nicht direkt betreffe.



Urteil des Bundesgerichts vom 24. April 2026 ([1C 660/2025](#))

Ersatzwahl eines Mitglieds des Genfer Staatsrates vom 28. September 2025 – Plakataushänge – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt. Der Beschwerdeführer rügte, dass dieselben Kandidaten – statt nur auf je einem Plakat pro eingereichter Kandidatenliste – auf mehreren von den Gemeinden zur Verfügung gestellten Plakatstellen präsent gewesen seien. Namentlich seien Kandidaten auch auf Plakaten abgebildet gewesen, die im Zusammenhang mit der gleichzeitig zur Ersatzwahl stattfindenden Abstimmung vergeben worden waren. Der Beschwerdeführer hält dies für problematisch, da dieser Aushang zulasten anderer Parteien und Gruppierungen erfolgt sei, deren Sichtbarkeit dadurch eingeschränkt worden sei. Das Bundesgericht befindet die Plakataushänge für rechtmässig.



Urteil des Bundesgerichts vom 24. April 2026 ([1C 96/2026](#))

Beschluss des Gemeindeparlaments von Roveredo vom 17. Dezember 2025 – Zusendung von Dokumenten – Das Bundesgericht tritt nicht auf die Beschwerde ein. Die Beschwerdeführerin ist Mitglied des Gemeindeparlaments und rügte, dass ihr die Botschaft des Gemeinderats zu einem Geschäft verspätet zugestellt worden sei, weshalb keine angemessene Vorbereitung möglich gewesen sei. Das Bundesgericht befindet, dass es der Beschwerdeführerin an der Beschwerdelegitimation mangle, um in dieser Sache eine Stimmrechtsbeschwerde oder eine Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten zu erheben.



Urteil des Bundesgerichts vom 6. Mai 2026 ([1C 674/2025](#))

Erwahrung der Ergebnisse der Erneuerungswahl der Mitglieder des Zürcher Kantonsrates vom 12. Februar 2023 – Parteiwechsel von Kantonsrätin Isabel Garcia – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt. Die Beschwerdeführer rügten insbesondere, das Zürcher

Verwaltungsgericht habe die Beweise in seinem neueren Urteil willkürlich gewürdigt. Das Urteil erging, nachdem das Bundesgericht die Sache an das Verwaltungsgericht zurückgewiesen hatte (BGE 151 I 41). Das Bundesgericht befindet es nicht für willkürlich, dass das Verwaltungsgericht in antizipierter Beweiswürdigung auf Beweismassnahmen wie die Herausgabe von Anruflisten, E-Mails und anderen Unterlagen von Isabel Garcia verzichtet hatte. Das Verwaltungsgericht durfte sich laut Bundesgericht zu Recht vorwiegend auf Zeugenaussagen stützen und so folgern, dass es nicht erstellt sei, dass Isabel Garcia den festen Entschluss zum Parteiwechsel bereits im Zeitpunkt der Wahl gefasst habe.

2.2 Kantonale Entscheide

Keine

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

Keine

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([14](#)) (+1)
- In Auszählung ([2](#)) (0)
- Beim Bundesrat hängig ([7](#)) (0)
- Beim Parlament hängig ([10](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([3](#)) (0)



Verfügung der Bundeskanzlei vom 5. Mai 2026

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für die Sicherung der Bestäubung von Kultur- und Wildpflanzen durch Insekten (Bienen-Initiative)» hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis am 19. November 2027. ([BBI 2026 1254](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 26. Mai 2026

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für einen nachhaltigen und zukunftsgerichteten Finanzplatz Schweiz (Finanzplatz-Initiative)» ist mit 108 979 gültigen Unterschriften zustande gekommen. ([BBI 2026 1399](#))

¹ Stand 31. Mai 2026.

4. Publikationen



ACHERMANN ALBERTO ET AL., Verletzen die Bilateralen III den Zuwanderungsartikel der Bundesverfassung? Zur Diskussion um die Vereinbarkeit der im Rahmen der Bilateralen III vorgesehenen Änderungen des Freizügigkeitsabkommen Schweiz – EU mit Art. 121a Abs. 4 BV, Jusletter vom 18. Mai 2026 ([Link](#))



BAUDENBACHER CARL, Überlegungen zum isländischen Referendum über die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen, Mit einem Seitenblick auf die Schweiz, Jusletter vom 11. Mai 2026 ([Link](#))



BIAGGINI GIOVANNI, «Schubert» und die «Bilateralen III»: ein neues Kapitel in der sonderbaren Geschichte eines obiter dictum, ZBI 127/2026, S. 233 f. ([LEXCampus](#))



EPINEY ASTRID, Die Bilateralen III als «Integrationsverträge», Zu den Implikationen einer Teilhabe am unionsrechtlichen Besitzstand für die Auslegung der Bilateralen Abkommen, SJZ 122/2026, S. 502 ff. ([LEXCampus](#))



GAMPER ANNA, Der Verfassungsresilienz auf der Spur, DeFacto vom 11. Mai 2026 ([Link](#))



GLASER ANDREAS, Muss eine sprachlich fehlerhafte Volksinitiative für ungültig erklärt werden? Die Teilungültigerklärung der «Berner Solar-Initiative» durch den Grossen Rat, LeGes 37 (2026) 1 ([Link](#))



GLASER ANDREAS, Verwaltungsgericht des Kantons St. Gallen, 25. August 2025, B 2025/70; rechtskräftig. Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 6. Januar 2026, 1C_549/2025, Urteilsbesprechung, ZBI 127/2026, S. 270 ff. ([LEXCampus](#))



GLASER ANDREAS/ZUBLER CLIO, Die Steuerung der Verwaltung durch das Gesetz, ZSR 145 (2026) II, S. 5 ff. ([Legalis](#))



HÄNNI DOMINIQUE, L'administration fédérale, un quatrième pouvoir ? Du pouvoir administratif et de ses limites, ZSR 145 (2026) II, S. 95 ff. ([Legalis](#))



HÄNNI JULIA/BARTH FRÉDÉRIC, Die Steuerungsfunktion der Rechtsprechung: Macht und Grenzen, die Gesellschaft zu entwickeln, ZSR 145 (2026) II, S. 189 ff. ([Legalis](#))



MAHON PASCAL/ZIMMERMANN NESA, Droit constitutionnel, Volume I, Institutions, juridiction constitutionnelle et procédure, 4. Auflage, Basel 2026 ([Verlag](#))



MAZIDI SIMON, Völkerrecht und Landesrecht, Die Lösung von Normkonflikten durch Abwägung verfassungsrechtlicher Prinzipien, Zürich/Genf 2026 ([Verlag](#))



Schweizerisches
Zentralblatt
für Staats- und
Verwaltungsrecht

MÜLLER GEORG, Die Volksabstimmung über das Paket Schweiz-EU, Besprechung der Publikation von Andreas Glaser, ZBI 127/2026, S. 258 ff. ([LEXCampus](#))



Schweizerisches
Zentralblatt
für Staats- und
Verwaltungsrecht

SCHMID STEFAN G., 30 Jahre Berner Kantonsverfassung – 60 Jahre «neue» Kantonsverfassungen, ZBI 127/2026, S. 235 ff. ([LEXCampus](#))

DeFacto

STREBEL MICHAEL A., Wie Gemeindefusionen politische Rekrutierungsprobleme lindern können, DeFacto vom 21. Mai 2026 ([Link](#))

5. Veranstaltungshinweis

Tagung «Europäisierung der schweizerischen Rechtsordnung»

Am 18. Juni 2026 findet an der Universität Zürich die Tagung zur Europäisierung der schweizerischen Rechtsordnung – Die neuesten Erkenntnisse der rechtswissenschaftlichen Forschung – und was heisst das für die «Bilateralen III»? – statt.

Im Rahmen der halbtägigen Veranstaltung werden in einem ersten Teil die Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt Europäisierung der schweizerischen Rechtsordnung vorgestellt. Im zweiten Teil diskutieren Expert:innen die Forschungsergebnisse, wobei der Blick auch auf die möglichen Auswirkungen der «Bilateralen III» gerichtet wird.

Wann? Donnerstag, 18. Juni 2026,
14:00 – 17:00 Uhr mit anschlies-
sendem Apéro

Wo? Universität Zürich, Rechtswissenschaftliche Fakultät (Rämistrasse 74, 8001 Zürich), Raum RAI-F-041

Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Die Veranstaltung ist öffentlich; eine Anmeldung ist nicht erforderlich.



Rechtswissenschaftliche Fakultät



Europäisierung der schweizerischen Rechtsordnung

Die neuesten Erkenntnisse der rechtswissenschaftlichen Forschung –
Und was heisst das für die «Bilateralen III»?

6. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Zentrum für Demokratie Aarau](#)

Newsletter: An- und Abmeldung an demokratie-newsletter@zdaarau.ch oder über folgendes [Formular](#)

Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen.



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidsammlung des Bundesgerichts:

[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Zentrum für Demokratie Aarau
Villa Blumenhalde
Küttigerstrasse 21
5000 Aarau

Universität Zürich
Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht
unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen
Rämistrasse 74/14
8001 Zürich

demokratie-newsletter@zdaarau.ch

Redaktion:

Lynn Gassmann, MLaw
Joel Probst, BLaw